

OA-Update / 04, 12.03.2021

Südosteuropa



Diese vierte Ausgabe des Südosteuropa-Updates erscheint an einem für uns denkwürdigen Tag: Am 12. März jährt sich der Todestag des ersten demokratisch gewählten serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjic zum 18. Mal. Ihm zu Ehren legte der Ost-Ausschuss nach seiner Ermordung noch im gleichen Jahr 2003 das nach ihm benannte

Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft auf.

Weiterhin halten wir Sie mit diesem Update über die aktuellen Entwicklungen und Ereignisse in der Region auf dem Laufenden und bieten Ihnen einen kurzen Überblick über die fortlaufende schwierige Corona-Lage in Südosteuropa. Auch informieren wir Sie über die wirtschaftspolitischen Entwicklungen in den einzelnen Ländern. Unter anderem berichten wir über den Rücktritt der kosovarischen Außenministerin. Des Weiteren haben wir die gerade veröffentlichten Zahlen zur Rangfolge der Handelspartner Deutschlands bezogen auf unseren Länderbereich für Sie aufbereitet, berichten über den aktuellen Stand der Abstimmung der zu den nationalen Wiederaufbauplänen als Basis für den Abruf von Mitteln aus dem sogenannten Recovery Fund „Next Generation EU“. Wie immer haben wir für Sie zudem Hinweise auf interessante Publikationen und Links aufgenommen. Hier die Rubriken in der Übersicht:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Die **Corona-Lage** ist in der Region Südosteuropa nach wie vor schwierig und die Fallzahlen meist weiterhin hoch. Dies führt dazu, dass die Länder vom RKI als **Hochinzidenzgebiete** (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und Slowenien) oder als **Risikogebiete** (Bulgarien, Kroatien, Moldau und Rumänien) eingestuft wurden. Rückkehrer aus **Risikogebieten** nach Deutschland müssen sich seit dem 8. November 2020 online unter www.einreiseanmeldung.de vor Einreise registrieren und den Nachweis hierüber mit sich führen.

Außerdem gilt seit dem 11. Januar die „**Zwei-Test-Strategie**“ der **Bundesregierung** für **Einreisende aus Risikogebieten**. Jeder Einreisende muss fortan einen negativen Corona-Test vorlegen, welcher nicht älter als 48 Stunden ist oder diesen unmittelbar nach der Einreise durchführen. Zusätzlich wird eine fünftägige Quarantäne mit folgendem zweiten Test, oder alternativ eine zehntägige Quarantäne ohne zweiten Test, gefordert. Rückkehrer aus **Hochinzidenzgebieten** müssen auf Grund von strengeren Auflagen bei der Einreise nach Deutschland bereits ein negatives PCR-Testergebnis vorzeigen.

Ein **PCR-Test bei Einreise** wird bis auf **Albanien, Nordmazedonien und Montenegro** in allen Ländern unserer Region verlangt, es gibt aber gewisse Ausnahmen. In **Serbien** ([Link zur Registrierung](#)), der **Republik Moldau** ([Link zur Registrierung](#)), **Kroatien** ([Link zur Registrierung](#)) und **Rumänien** ([Link zur Registrierung](#)) wird eine Registrierung mit Angaben zu Einreise, Aufenthalt, Kontaktdaten und Gesundheitszustand nach Ankunft erwartet. Es wird empfohlen, die Registrierung bereits online durchzuführen, um lange Wartezeiten bei einem Grenzübertritt zu vermeiden. In der **Republik Moldau** und in **Slowenien** gibt es die Option, die **Quarantänepflicht** nach Einreise von zehn in Slowenien und vierzehn Tagen in der Republik Moldau durch einen **negativen PCR-Test zu ersetzen**.

Ebenso sind vor dem Hintergrund der bestehenden Pandemielage weiterhin **Ausgangssperren** in **Albanien** (20 bis 6 Uhr), **Montenegro** (21 bis 5 Uhr), **Rumänien** (23 bis 5 Uhr) und **Slowenien** (21 bis 6 Uhr) gültig. **Für ältere Menschen ab 65 Jahren** wurde in **Bulgarien** eine gesonderte **Einkaufsmöglichkeit** zwischen 8.30 und 10.30 Uhr eingerichtet, jüngeren Altersgruppen ist es in diesem Zeitrahmen nicht gestattet einzukaufen. Der **Ausnahmestand** gilt aktuell in **Rumänien** (bis 13. März) und **Bulgarien** (bis 30. April).

Für detaillierte Informationen zur aktuellen Lage in den einzelnen Ländern empfehlen wir Ihnen den Blick auf die Seiten der **diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik in den Ländern** sowie der **Auslandshandelskammern**. Die entsprechenden Links finden Sie unter der **Rubrik Tipps & Links**.

Anfang Februar 2021 fand der neunte **17+1 Gipfel** in einer Online-Veranstaltung statt. Das Forum, an dem **17 Staaten aus Ostmitteleuropa und China** teilnahmen, wurde 2012 gegründet. Zwölf dieser Staaten sind Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Obwohl das Forum sich auf keine konkreten Richtlinien zur Zusammenarbeit einigte, **stellte China Corona-Impfstoffe sowie eine stärkere Kooperation in der Landwirtschaft in Aussicht**. Insgesamt plane China in den nächsten fünf Jahren, Waren aus Ostmitteleuropa im Wert von **170 Milliarden US-Dollar** zu importieren und vor diesem Hintergrund das Zollverfahren

vereinfachen zu wollen. Dafür soll ein eigenes Zollinformationszentrum eingerichtet werden. Allein das **landwirtschaftliche Handelsvolumen** soll um **50 Prozent gesteigert werden**. In der SOE-Region sind die Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Montenegro, Nordmazedonien, Rumänien, Serbien und Slowenien am Forum beteiligt. Ausführliche Informationen zu dem Gipfel finden Sie [hier](#) auf der Seite des **GTAI**.

Entwicklungen in einzelnen Ländern

Bulgarien plant die Einführung des **Euro zum 1. Januar 2024**, berichtet **Novinite.com** [hier](#). Demnach wird dieses Datum in einem Entwurf zur Änderung der Verordnung des Ministerrats erwähnt, die die Aktivitäten des Koordinierungsrats zur Vorbereitung Bulgariens auf die Mitgliedschaft in der Eurozone regelt. Bis zum 30. Juni 2021 solle der Koordinierungsrat einen Entwurf des Nationalen Plans für die Einführung des Euro in Bulgarien ausarbeiten. Die Co-Vorsitzenden des Rates sollen dem Entwurf entsprechend der Finanzminister und der Gouverneur der Bulgarischen Nationalbank sein.

Nach den **vorgezogenen Parlamentswahlen** am **14. Februar im Kosovo** stehen nach Auszählung auch der Stimmen von Auslandskosovaren nunmehr die Ergebnisse fest: Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 50 Prozent. Wie bereits in unserem Update 03/2021 vom 19.02.2021 berichtet, hat **Vetevendosje mit 49,95 Prozent der Stimmen klar gesiegt**. Von den 120 Parlamentssitzen gehen **58 an Vetevendosje**, 19 Sitze an die PDK, 15 an die LDK, zehn Sitze an die serbische Liste, acht an die AAK und insgesamt zehn weitere Sitze an die übrigen Bündnisse. Es wird vermutet, dass Vetevendosje mit den nicht-serbischen Minderheitsparteien Koalitionsgespräche aufnehmen wird. Die Ergebnisse finden Sie auf der Seite der kosovarischen zentralen Wahlkommission [hier](#) (auf Albanisch). Einen Überblick über die Stimmabgabe im Land finden Sie [hier](#) grafisch dargestellt.

Auf Grund des Vorwurfs von Wahlfälschung trat unterdessen die amtierende **Außenministerin Kosovos Meliza Haradinaj-Stuballa zurück** und verlässt die AAK-Partei „Allianz für die Zukunft des Kosovos“. **Balkan Insight** berichtet [hier](#) über den Verdacht, ihr Ehemann hätte Wahlbeamte bestochen, um einen Parlamentssitz für sie zu gewinnen. Haradinaj-Stuballa bestreitet die Vorwürfe und begründet ihren Rücktritt als moralische Verpflichtung, nicht jedoch als Verantwortung für die Manipulation und Anschuldigungen. Sie reichte Klage wegen Verleumdung ein. Im Juni 2020 wurde sie zur Außenministerin ernannt.

Die Regierung in **Nordmazedonien** verabschiedete Mitte Februar das **fünfte wirtschaftliche Hilfspaket** zur Bewältigung der Pandemiefolgen mit einem Gesamtwert von rund 1,4 Milliarden Euro. Es enthält insgesamt 29 Maßnahmen im Wert von 9,7 Milliarden Denar (rund 160 Millionen Euro), von denen 91,7 Millionen direkte Haushaltsausgaben sind. Die Maßnahmen sind in vier Pakete unterteilt: 1. Direkte finanzielle Unterstützung für die Unternehmen, 2. Finanzielle Unterstützung der Liquidität des Privatsektors mit zinslosen Darlehen, 3. Systematische Neudefinition des Zolltarifs, Reduzierung der steuerlichen Zölle sowie Steuererleichterungen und Aufschiebung mehrerer öffentlicher Zölle sowie 4. Unterstützung für die Bevölkerung. Informationen können Sie auf der **Internetseite der Regierung** [hier](#) nachlesen.

Slowenien hat das **8. Corona-Paket** (PKP8) Anfang Februar verabschiedet. Das Gesetz enthält Maßnahmen zur Minderung der Folgen der Pandemie, unter anderem werden Subventionen für die Bereitschaft und Teilzeitarbeit erhöht und Teile der Kosten, die durch die Anhebung des Mindestlohns entstehen, vom Staat übernommen. Die **AHK Slowenien** berichtet [hier](#) über das Paket.

Konjunktur

2020 einigten sich die EU-Mitgliedsländer darauf, für die Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie einen Europäischen Aufbauplan zu entwickeln. Mit dem **Konjunkturprogramm NextGenerationEU (NGEU)** sollen 750 Milliarden Euro zusätzlich zu den Mitteln aus dem Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 - 2027 (MFR, 1,0743 Milliarden Euro) zur Verfügung stehen. Das Europäische Parlament hat Anfang Februar seine Zustimmung gegeben. Bis Anfang April sind die Regierungen der Mitgliedsländer aufgefordert, ihre Nationalen Programme zur Nutzung der Mittel aus dem Programm NextGenerationEU an die EU-Kommission zu senden. Diese Nationalen Programme und die nachfolgende Einigung mit der EU-Kommission sind Voraussetzung für die Bereitstellung der Mittel, die zum einen als Beihilfen und zum anderen als Kredite in den kommenden Jahren zur Verfügung gestellt werden. Hier die Übersicht zum Stand der Vorbereitungen in den Ländern unserer Region:

So sollen **Bulgarien** insgesamt **10,4 Milliarden Euro** aus dem Fond zur Verfügung stehen. Von diesem Betrag gibt es bis zu 6,3 Milliarden Euro als Zuschüsse und weitere 4,1 Milliarden als Darlehen. Euractiv berichtet [hier](#).

Das European Data Journalism Network berichtet [hier](#), dass **Kroatien** mit etwa **9,4 Milliarden Euro aus dem Fond NGEU** rechnen kann. Die Nationale Entwicklungsstrategie, die als Basis für die Mittelverwendung dienen wird, ist auch in Kroatien aktuell in der Diskussion.

Slowenien kann mit bis zu **5,2 Milliarden Euro rechnen, von denen 1,6 Milliarden Euro als Zuschüsse und weitere 3,6 Milliarden Euro als Kredite ausgezahlt** werden können. Auch in Slowenien ist die Ausarbeitung des Nationalen Recovery Plans noch nicht abgeschlossen. Slovenia Times berichtet [hier](#).

Und auch in **Rumänien** dauern die interministeriellen Abstimmungen zum Nationalen Entwicklungsplan an. Das Land kann auf bis zu 30 Milliarden Euro aus dem Wiederaufbaufond zugreifen. Auch hier gilt, dass ein Teil als Zuschüsse und ein weiterer Teil als Kredite gewährt werden. Zum Stand der Diskussion und Pläne berichtet Romania Insider [hier](#).

Basierend auf den Daten des Statistischen Bundesamts hat der Ost-Ausschuss kürzlich die **Rangfolge der Top 20-Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland** für das Jahr 2020 veröffentlicht. Die Übersicht finden Sie [hier](#) auf der Internetseite des OA. Trotz des Pandemie-Jahres, das Rumänien einen Platz gekostet hat, schafft es das Land wieder in die TOP 20.

Rang		Export	
2020	2019	Bestimmungsland	1 000 Euro
20	19	Rumänien	15 842 213
39	40	Slowenien	4 927 279
45	45	Bulgarien	3 607 701
47	46	Kroatien	3 367 074
49	49	Serbien	2 841 042
65	66	Nordmazedonien	1 031 812
71	73	Bosnien und Herzegowina	784 424
84	87	Republik Moldau	360 617
91	95	Albanien	256 522
100	96	Kosovo	226 392
119	120	Montenegro	203 000

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Rang		Import	
2020	2019	Ursprungsland	1 000 Euro
20	18	Rumänien	13 526 383
35	33	Slowenien	5 623 357
38	38	Bulgarien	4 599 447
43	44	Nordmazedonien	2 785 054
48	48	Serbien	2 206 534
52	53	Kroatien	1 627 089
65	69	Bosnien und Herzegowina	771 085
84	87	Republik Moldau	268 463
95	95	Albanien	145 280
113	129	Kosovo	50 475
132	146	Montenegro	27 114

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Rang		Umsatz (Exporte + Importe)	
2020	2019	Partnerland	1 000 Euro
19	18	Rumänien	29 368 596
36	36	Slowenien	10 550 636
40	40	Bulgarien	8 207 148
51	51	Serbien	5 047 576
52	49	Kroatien	4 994 163
54	55	Nordmazedonien	3 816 866
70	73	Bosnien und Herzegowina	1 555 509
90	90	Republik Moldau	629 080
99	102	Albanien	401 802
103	107	Kosovo	276 867
128	131	Montenegro	130 117

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft

Am heutigen 12. März 2021 jährt sich der 18. Todestag des ersten demokratisch gewählten Ministerpräsidenten Serbiens Zoran Djindjic. Gemeinsam mit seiner Koalition hat er nicht nur das Milosevic Regime zu Fall gebracht, sondern auch wegweisende demokratische und wirtschaftliche Reformen vorangetrieben. In Gedenken an seine Person und sein Werk hat der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft bereits 2003 das Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft initiiert, das bis heute, 18 Jahre nach dem tödlichen Attentat, mehr als 850 jungen Nachwuchskräften aus den sechs Ländern des Westlichen Balkans und Kroatien die Möglichkeit einer praxisorientierten Aus- und Weiterbildung in Deutschland ermöglicht hat. Viele von ihnen arbeiten heute an bedeutsamen Schnittstellen von Wirtschaft, Politik und Verwaltung in ihren Heimatländern.

Wir freuen uns, dass wir auch in diesem Jahr dem Erbe von Djindjic gerecht werden können und arbeiten gegenwärtig an der Aufstellung unserer 18. Stipendiaten-Generation. Anfang dieses Monats hat hierfür das Match-Making der teilnehmenden Unternehmen mit unseren Shortlist-Kandidaten begonnen. Nach den Auswahlgesprächen haben sich aus 1.100 Bewerbungen 120 Young Professionals aus den Partnerländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien für die Match-Making Phase und einen von maximal 75 Praktikumsplätzen qualifiziert. Parallel laufen erste Vorbereitungen für die Einführung der kommenden Stipendiaten-Generation 2021. Ziel ist es, den Praktikumsbeginn ab 1. Juli 2021 zu realisieren und zusammen mit unseren Partnern Ende Juni eine Einführungswoche für unsere Stipendiaten in Deutschland durchzuführen.

Auf großes Interesse stoßen auch weiterhin die vielfältigen Alumniaktivitäten, die pandemiebedingt nach wie vor online stattfinden. Gegenwärtig laufen die Planungen für die nächsten Weiterbildungsmaßnahmen Mitte März sowie für das regionale Alumniseminar Anfang April. Interessierte Unternehmen sind herzlich eingeladen, Weiterbildungsformate anzubieten und ihre Tätigkeiten sowie ihr Engagement im Rahmen von virtuellen Kamingsgesprächen zu erläutern.



Veranstaltungsnachlese

Am **11. Februar 2021** veranstaltete das **Aspen Institute Deutschland** eine Online-Diskussion zum Thema „**The EU Accession Process: A Key to Socio-Economic Development in the Western Balkans?**“ mit **Dr. Alban Hashani**, Executive Director des Institute for Development Research Riinvest im Kosovo; **Adis Muhović**, Executive Director des Centre for Policy and Governance (CPU) in Bosnien und Herzegowina; **Dr. Blagica Petreski**, Chief Economist (CEO) von Finance Think – Economic Research & Policy Institute in Nordmazedonien; **Anja Quiring**, Regionaldirektorin Südosteuropa beim Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V., und Helge Tolksdorf, Referatsleiter EU-Erweiterung, Südosteuropa und Türkei im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Moderiert wurde die Diskussion von **Prof. Dr. Valbona Zeneli**, Chair of the Strategic Initiatives Department, Professor of National Security Studies, College of International and Security Studies, George C. Marshall Center – European Center for Security Studies. Die Diskussion konzentrierte sich auf die wirtschaftlichen Aspekte des EU-Beitrittsprozesses der Länder des Westbalkans mit besonderem Fokus auf die Situation in Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Nordmazedonien. Die Empfehlungen, die innerhalb der Diskussion entwickelt wurden, können auf der Website des **Aspen Institute Deutschlands** [hier](#) nachgelesen werden.

Am **24. Februar** organisierte der **Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft** eine eineinhalbstündige Video-Konferenz mit der **serbischen Premierministerin Ana Brnabic**. Serbien ist mit einem leichten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von weniger als zwei Prozent 2020 relativ gut durch die Corona-Krise gekommen, auch der deutsch-serbische Warenaustausch entwickelte sich mit einem Rückgang von knapp zwei Prozent sehr robust. Aktuell sorgt das Land mit einer im internationalen Vergleich sehr schnellen Corona-Impfkampagne für Aufmerksamkeit. Im Mittelpunkt des Austausches der Premierministerin mit Unternehmen des Ost-Ausschusses standen neben dem Gesundheitssektor insbesondere die Reformen der serbischen Regierung im Bildungssystem, die Anstrengungen zur weiteren Digitalisierung des Landes und die Transformation des Energie-Sektors und die Bedeutung des Green Deals für Serbien. An dem Gespräch, das von **Philipp Haußmann**, CEO des Klett-Verlages und Vorstandsmitglied des Ost-Ausschusses, geleitet wurde, nahmen auch der **deutsche Botschafter in Belgrad** sowie der **Präsident der Deutsch-Serbischen Wirtschaftskammer** und **Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie** teil.

Am 26. Februar kam das **Joint Economic Steering Committee zwischen der Regierung Nordmazedoniens und der Bundesregierung** in einem Online-Meeting zusammen. Auch hier hatte der Ost-Ausschuss Gelegenheit, die Themen und konkrete Anliegen seiner Unternehmen in die Diskussion einzubringen, die auf mazedonischer Seite von Vizepremierminister Fatmir Bytyqi und auf deutscher Seite durch das Bundeswirtschaftsministerium geleitet wurde. Einen Bericht aus mazedonischer Perspektive finden Sie [hier](#) auf der Seite der Regierung [Nordmazedoniens](#).

Am **3. März 2021** begrüßte **Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms** den **serbischen Außenminister Nikola Selakovic** in der Berliner Geschäftsstelle des Ost-Ausschusses. Am Austausch im kleinen Kreis nahmen ebenfalls **Wolfgang Niedermark**, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDI, und Volker Treier, Außenwirtschaftschef des DIHK, teil. Im Gespräch unterstrich Selakovic, dass die Perspektive Serbiens in der europäischen

Integration läge. Ebenso sei die regionale Kooperation mit den Nachbarn Serbiens sowohl für die politische wie auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes von zentraler Bedeutung.

Am 9. März tagte nach längerer Pause die **Ständige Arbeitsgruppe zu Bosnien und Herzegowina** im virtuellen Format. Im Zentrum der bilateralen Arbeitsgruppe unter Leitung des Bundeswirtschaftsministeriums auf deutscher und des Ministeriums für Außenhandel und Wirtschaftliche Beziehungen auf bosnisch-herzegowinischer Seite steht der Dialog zu aktuellen Themen und Problemen der bilateralen Wirtschaftszusammenarbeit. Der Ost-Ausschuss nutzte die Möglichkeit, konkrete Themen deutscher Unternehmen vorzutragen. Eine Pressemitteilung zum Treffen finden sie [hier](#).

Kommende Veranstaltungen

- **20. März 2021: Regionales Koordinatorentreffen** des Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft
- **26. März 2020:** Sitzung des Länderarbeitskreises Südosteuropa. Nur für Mitglieder

Weitere Veranstaltungen zu den Ländern der Region sind in Planung. Wir halten Sie mit dem kommenden Update oder als Mitglied auch direkt per Rundschreiben immer auf dem Laufenden.

Tipps & Links

Die **Kosovarisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung (KDWW)** hat in Zusammenarbeit mit der **Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)** die erste Edition „**Republic of Kosovo: Facts and Figures**“ publiziert. Diese gibt einen Einblick in die Geschichte, die Population sowie die politische und wirtschaftliche Lage des jungen Landes. Die Publikation kann auf der Seite der KDWW [hier](#) heruntergeladen werden.

Start des Invest-EU-Programms: Am 18. März findet von 15.30 bis 17.40 Uhr (CET) die digitale Einführung des neuen Programms „Invest-EU“ statt. Das Programm baut auf dem Erfolgsmodell des Investitionsplans für Europa und des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) auf und hat das Ziel, einen zusätzlichen Schub für Investitionen, Innovation und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Zeitraum 2021 - 2027 zu erzielen. Informieren und registrieren können Sie sich [hier](#) auf der Internetseite der Europäischen Kommission für die online Informationsveranstaltung.

Die **AHK Rumänien** hat Anfang des Jahres einen **Podcast** veröffentlicht. Die zwei Folgen „Ausblick 2021“ und „Europäischer Green Deal & Handelszahlen“ berichten von den Erwartungen für das Jahr 2021 für Rumänien, von der neuen Regierung sowie von der deutsch-rumänischen Wirtschaftszusammenarbeit, inklusive des European Green Deal.

Beide sind online auf der Website der AHK Rumänien [hier](#) und auf dem AHK Rumänien-YouTube-Kanal [hier](#) frei zugänglich.

Radio Free Europe – Radio Liberty veröffentlichte pünktlich zum Frauentag eine Grafik auf Basis von Eurostat zur **weiblichen Führungslücke (Women's Leadership Gap)**. Unter den EU-Mitgliedern gehören **Bulgarien** und **Slowenien** mit 42 Prozent, **Rumänien** mit 37 Prozent und **Kroatien** mit 24 Prozent zu den führenden Ländern der SOE-Region mit Frauen in Führungspositionen (Q3 in 2020). **Deutschland** steht bei 31 Prozent. Den größten Anteil von Frauen in Führungspositionen aller EU-Mitgliedsstaaten haben Lettland (45 Prozent) und Polen (44 Prozent). Im Allgemeinen sind Frauen seltener in Führungspositionen als Männer tätig. Im dritten Quartal 2020 haben mehr als 9,5 Millionen Menschen in der EU Führungspositionen besetzt. Davon waren 6,2 Millionen Männer und 3,3 Millionen Frauen. Die Grafik können Sie [hier](#) auf der Internetseite RFERL nachsehen.

Eine weitere Grafik von **Radio Free Europe – Radio Liberty** verdeutlicht den Frauenanteil in Parlamenten: **Nordmazedonien** (39 Prozent), **Serbien** (39 Prozent), **Bulgarien** (27 Prozent), **Bosnien und Herzegowina** (26 Prozent), die **Republik Moldau** (25 Prozent) und **Montenegro** (25 Prozent) aus der SOE-Region liegen dabei über dem weltweiten Durchschnitt von 24 Prozent. Die weiteren Länder können Sie [hier](#) miteinander vergleichen.

Wichtige Quellen mit **aktuellen Informationen** zu den letzten Entwicklungen rund um die einzelnen Länder Südosteuropas sind die Seiten der Auslandshandelskammern und bilateralen Wirtschaftsvereinigungen:

- [Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina](#)
- [Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Kosovarisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung \(KDWV\)](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Nordmazedonien](#)
- [Deutsch-Serbische Wirtschaftskammer](#)
- [Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Deutsch-Slowenische Industrie- und Handelskammer](#)

Weiterhin können Sie sich zu den aktuellen Entwicklungen bezüglich des **Corona-Virus** auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in [Albanien](#)
- Deutsche Botschaft in [Bosnien und Herzegowina](#)
- Deutsche Botschaft in [Bulgarien](#)
- Deutsche Botschaft in [Kroatien](#)
- Deutsche Botschaft in [Kosovo](#)
- Deutsche Botschaft in [Moldau](#)
- Deutsche Botschaft in [Montenegro](#)
- Deutsche Botschaft in [Nordmazedonien](#)
- Deutsche Botschaft in [Rumänien](#)
- Deutsche Botschaft in [Serbien](#)
- Deutsche Botschaft in [Slowenien](#)

Weitere **Hintergrundinformationen** zur Arbeit des Ost-Ausschusses und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [LinkedIn](#) und bei [Twitter](#).

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#). Für alle Ihre Fragen wenden Sie sich gern an: Almut Wetjen, A.Wetjen@oa-ev.de, Tel.: 01577-3423 612.

Kontakt

Bitte beachten Sie, dass wir ab sofort unter neuer E-Mail-Adresse erreichbar sind:



Anja Quiring
Regionaldirektorin Südosteuropa
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
T: +49 30 206 167 130
E: a.quiring@oa-ev.de



Antje Müller
Programmdirektorin
Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft
für die Länder des Westlichen Balkans
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V.
T. +49 30 206167-137
E: a.mueller@oa-ev.de



Karen Kümpel
Sekretariat Regionaldirektion Südosteuropa
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V.
T. +49 30 206167-131
E: k.kuempel@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)